

PRESSESTIMMEN

WAHLKAMPF IN DEUTSCHLAND

Süddeutsche Zeitung

„Wahlkampf“ Schluss mit Vorwahlkampf. Nachdem Olaf Scholz dem Bundestag die Vertrauensfrage gestellt hat, ist das Präfix offiziell überflüssig. Schön wäre es, wenn mit ihm noch etwas anderes verschwinden würde: das Zurschaustellen der übergroßen Egos der drei Kanzlerkandidaten. Bislang kämpfen Friedrich Merz, Olaf Scholz und Robert Habeck nicht um die deutschen Wähler, sondern in allererster Linie um ihr Image. Merz wäre so gern der große Staatsmann, ist aber damit beschäftigt, den unberechenbaren Teil seiner Persönlichkeit – und Markus Söder – im Zaum zu halten. Scholz ist vor allem gern Scholz, muss den Wählern aber erklären, warum das eine gute Sache ist. Habeck möchte gern der sein, dem die Menschen vertrauen – mit dem Schönheitsfehler, dass er ihnen zuletzt wenig Anlass gab.

■ Süddeutsche Zeitung, München

KALENDERBLATT



Foto: Reuters

DAS GESCHAH AM ...

17. Dezember

- **1979:** Der britische Stuntman Stan Barrett durchbricht auf dem kalifornischen Luftwaffenstützpunkt Edwards mit 1190,344 km/h als erster Mensch die Schallmauer mit einem Landfahrzeug.
- **1989:** In einem symbolischen Akt durchschneiden der tschechoslowakische Außenminister Jiri Dienstbier und Alois Mock am Grenzübergang Kleinhaugsdorf den Eisernen Vorhang.
- **2014:** US-Präsident Barack Obama und sein kubanischer Amtskollege Raul Castro (Bild) kündigen die Normalisierung der seit 1961 unterbrochenen diplomatischen Beziehungen an.

nachrichten.at

Kommentare, Meinungen und Kolumnen finden Sie auf nachrichten.at/meinung



Sparschwein XXL

Karikatur: Pismestrovic

MENSCHEN

BIDSINA IWANISCHWILI

Der Strippenzieher im Hintergrund

VON HEIDI RIEPL

Sein Lob für den neuen georgischen Staatspräsidenten ist mehr als überschwänglich: „Er ist die Verkörperung des georgischen Mannes“, gibt sich Bidsina Iwanischwili überzeugt. Kein Wunder, war es doch der mehrfache Milliardär, der im Hintergrund die Fäden zog und die Wahl seines Vertrauten Micheil Kawelaschwili ins höchste Staatsamt überhaupt erst ermöglichte. Dass die proeuropäische Opposition dagegen auf die Barrikaden steigt, stört den 68-jährigen Oligarchen nicht im Geringsten.

Der reichste Mann Georgiens betrachtet sein Land als seinen persönlichen Besitz. Mit einem geschätzten Vermögen von 4,9 Milliarden US-Dollar hat er seinen Einfluss bis auf Weiteres gesichert. Alle wichtigen Schlüsselpositionen sind mit engen Vertrauten besetzt. Natürlich auch jene, die jetzt rigoros die friedlichen Demonstrationen niederknuppeln und zuvor das Ende der georgischen EU-Beitrittsverhandlungen beschlossen haben.

Offiziell hat sich Iwanischwili, der vor 13 Jahren die Regierungspartei „Georgischer Traum“ gegründet hatte und ein Jahr lang Regierungschef war, aber längst aus der Politik zurückgezogen. Politik habe ihn nie interessiert, sagt der Geschäftsmann, der einst als georgischer Hoffnungsträger galt. Als eine Art Wohltäter ließ er Kirchen und Schulen renovieren, förderte Theater und Opernhäuser und spendete für die Ärmsten im Land.

Kaum zu glauben, dass er eigentlich aus bettelarmen Verhältnissen stammt. Dass er sein gigantisches Vermögen in den Neunzigerjahren in Russland nach dem chaotischen



Oligarch mit Kremlnähe

Foto: AFP

Zusammenbruch der Sowjetunion machte, erklärt allerdings seine Treue zu Moskau. Sein Hass auf alles Westliche hat sich erst in den letzten Jahren entwickelt. Vor allem, weil sein Auslandsvermögen nach einem Rechtsstreit jahrelang eingefroren war.

Iwanischwili lebt mit seiner Ehefrau und den drei Kindern abwechselnd in seinem Geburtsort Tschorwila und auf seinem Anwesen in Tiflis. Dort frönt er exzentrischen Hobbys, darunter einem Privatzoos mit Hai-Aquarium und einer imposanten Kunstsammlung.

MEINUNG

LEITARTIKEL

VON SIGRID BRANDSTÄTTER



Keine Zeit für Wunschzettel

Statt vorweihnachtlicher Engerl fliegen aktuell die Milliarden nur so durch die Luft. In den Einkaufsstraßen erfüllen selbsternannte Christkindln die Wünsche ihrer Lieben. Es sind aber auch Milliarden von der EU-Kommission aus Brüssel eingetroffen, allerdings als Vorgaben, die es einzusparen gilt. Gleichzeitig haben in Wien die strengen Rechner im Fiskalrat ihre eigenen, noch aktuelleren Berechnungen vorgelegt. Die einen sagen, 6,3 Milliarden Euro müssten allein 2025 eingespart werden. Der Fiskalrat geht sogar von 7,4 Milliarden Euro aus. Bis 21. Jänner hat das Finanzministerium Zeit, die wichtigsten Einsparmaßnahmen zu benennen.



Der Spardruck ist bekannt, jetzt braucht es die konkreten Pläne

Damit liegen die Zahlenkolonnen auf dem Tisch, auf die die Regierungsverhandler so lange gewartet haben (als ob man nicht längst gewusst hat, wie es um den Konsolidierungsbedarf steht und wie groß der Spardruck ist).

Damit bekommen die Regierungsverhandlungen eine neue Qualität oder sie kommen zu einem raschen Ende – man ist fast versucht zu sagen: endlich. Denn jetzt geht es um die entscheidenden Weggabelungen: Sparen im Rahmen eines Defizitverfahrens oder nicht? Legen wir einen Sparkurs fest für die nächsten vier oder strecken wir auf sieben Jahre und damit über die fünfjährige Legislaturperiode der Regierung hinaus?

Vor allem die zweite Frage wird für die schwarz-rot-pinken Verhandler entscheidend, weil sie Tempo und Ausmaß der Strukturereformen bestimmt. Ob die EU zweimal im Jahr auf den Sparkurs schaut oder nicht, sollte dabei nicht entscheidend sein. Das tut sie mit einem Defizitverfahren und ohne. Entscheidender ist, ob es nun zu einer Reformagenda kommt, die den Namen verdient.

Dazu müssen die Maßnahmen weiter reichen, als den Klimabonus zu streichen. Der wird mit 2,3 Milliarden Euro Volumen als großer Hebel bewertet. Aber der Steuerzahler darf sich nicht täuschen lassen: Dessen Neubewertung fällt nicht unter Strukturereformen. Da müssen die Kapitel Förderungen, Pensionen, Standortkosten mit konkreten Plänen unterfüttert werden.

Obwohl wir in einer Woche Weihnachten feiern: Die Zeit für Wunschzettel ist vorbei. Und auch die Hoffnung auf eine üppige Bescherung kann man sich schenken.

✉ s.brandstaetter@nachrichten.at

WIRTSCHAFT VERSTEHEN

VON TEODORO D. COCCA



Orakel, sprich zu Österreich!

Es ereignet sich im alten Griechenland, dass rund um das Weihnachtsfest einer der Bürger Athens vor lauter Verzweiflung das Orakel von Delphi aufsuchte. Er klagte darüber, dass der Staat zu hohe Steuern eintreibe, völlig überschuldet sei, die Beamten mit ihrer Bürokratie den Handwerkern die Luft zum Atmen nehmen würden und die Geschäfte an seinem Marktstand nahe der Akropolis so schlecht wie selten liefen.

Er bat das Orakel um eine Weissagung, wie sich diese missliche Führung durch die hohen Beamten des Staates nur beheben ließe. Das

Orakel schwieg zunächst, dann sprach es wie folgt: „Nun, Bürger, wie steht's denn um dich? Wie ist dein Verhältnis zum Staat? Hast du nicht selber auch oft nach mehr Drachmen vom Staat gerufen? Wie häufig hast du selber bei den hohen Beamten vorgesprochen, um schärfere Gesetze gegen unliebsame Konkurrenten am Athener Markt zu fordern? Nun, warum wunderst du dich nun, wenn der Staat mit den ihm eigenen Instrumenten antwortet: Gesetze erlassen und Steuern erheben, um das zu bezahlen, was von den Bürgern gefordert wird. War es nicht genau das, was du im Namen der Göttin

der Gerechtigkeit verlangt hast? Schamlos zwingst du ihn mit deinen unersättlichen Ansprüchen sogar bei leerer Staatskasse, sich weiter zu verschulden, und beklagst dann auch noch die hohen Schuldenberge?“

Wunsch nach mehr Freiheit

Das Orakel hielt inne, dann fuhr es fort: „Bei Apollo, lass mich dir zudem sagen, dass die Herrschaft der Verwaltung, also die Bürokratie, nur dann gedeihen kann, wenn die Bürger bei jedem Wehklagen deren Herrscher huldigen. Nur der Wunsch nach mehr Freiheit und Selbstverantwortung wäre ein

wirksames Gift gegen die Herrschaft der Verwaltung und würde auch dem Schuldenmachen den Todesstoß verleihen.“

Der Bürger rang zunächst um Fassung, erwiderte dann aber empört, wie unfair es sei, keinen Unterschied zu machen zwischen denen da oben und ihm, dem einfachen Bürger. Das Orakel schwieg.

Nun brüllte der Bürger das Orakel geradezu an: „Die hohen Beamten sollten per Gesetz mehr Wirtschaftswachstum verordnen, das wäre im Sinne des Göttervaters Zeus!“ Das Orakel schwieg. Man habe ja schließlich Grundrechte im Staate, und neue Steuern auf die be-

sonders großen Paläste in der Innenstadt Athens würden die Probleme der Staatskasse schon lösen, kanzelte der Bürger das Orakel ab. Dessen Schweigen wurde als Anerkennung der vorgebrachten eigenen Standpunkte interpretiert, mehr hatte er ja eigentlich sowieso nicht vom Orakel erfahren wollen.

Zufrieden verließ er die heilige Stätte, blickte aber nochmals kopfschüttelnd zurück. Erst jetzt bemerkte er die Inschrift am Eingang zum Tempel, die da hieß: „Erkenne dich selbst“.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der JKU.